Liebe Leserinnen und Leser,

diese Parlamentswoche stand für mich im Zeichen der Nachhaltigkeit. Vom 30. Mai.—5. Juni fand die diesjährige Woche der Nachhaltigkeit statt. Für mich als Obmann der SPD Bundestagsfraktion im Parlamentarischen Beirat für Nachhaltigkeit ein wichtiges Datum.

Meine Woche startete mit der Tagung des Rates für Nachhaltigkeit. Mehr als 600 Gäste haben sich hier versammelt, um die Bemühungen Deutschlands in Sachen Nachhaltigkeit und Transformation zu erörtern und zu bewerten. Prominente Rednerin eines Berichtes über das Wirken Deutschlands in Nachhaltigkeitsfragen war Helen Clark, die in ihrem Peer Review eine Positiv– und Negativliste für Deutschland formulierte.

Die Bundeskanzlerin mahnte an, dass es ohne europäische Initiativen insgesamt für die Nachhaltigkeit zu wenig Fortschritte gibt.

Für mich bedeutet es in dieser Wahlperiode besonders in der Umweltpolitik mehr Augenmerk darauf zu richten, was nötig und möglich ist, um für die zukünftige Generation eine lebenswerte Welt zu erhalten. Die Schwerpunkte, die wir uns als SPD hier gesetzt haben sind für dieses Jahr im Beirat für nachhaltige Entwicklung eine nachhaltige Landwirtschaft, eine andere Nutzung von erneuerbarer Energie, auch die, welche nicht speicherbezogen ist und eine Plastikstrategie für die Zukunft. Packen wir es an!

THEMEN IN DIESER AUSGABE

- Woche der Nachhaltigkeit
- Peer—Review für Deutschland
- Diese Woche im Parlament
- Bienenschutz und Honig aus der Stadt
- Stipendiat aus Ägypten bei mir im Parlamentsbüro
- Kitabesuch zum Tag der Kinderbetreuung
- Thews on tour mit der Polizei in Hamm
- Erinnerung: Woher kommt die Idee des Nachhaltigen Handelns

Viele Grüße aus Berlin und ein herzliches Glückauf

Aus Berlin

Woche der Nachhaltigkeit

Deutsche Aktionstage für Nachhaltigkeit 2018
(30. Mai bis 5. Juni 2018)

Nachhaltigkeit bedeutet, dass Menschen immer an die Zukunft denken - bei allem, was sie tun. Historisch begründet sich der Begriff der Nachhaltigkeit aus der Einsicht, dass nicht mehr Bäume gefällt, als neue gepflanzt werden.
In der "Woche der Nachhaltigkeit" gab es in Deutschland Workshops, Vorträge und Aufführungen. Auch international spielt das Thema Nachhaltigkeit eine große Rolle. 2015 haben die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen (UN) die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung beschlossen. Darin verpflichten sich die Länder, 17 Nachhaltigkeitsziele (SDG) zu verfolgen. Sie wollen Armut und Hunger beseitigen, die Schere zwischen Arm und Reich verringern, eine klimafreundliche Lebensweise, Demokratie und internationale Zusammenarbeit umsetzen. Das alles soll bis 2030 erreicht werden. Deshalb organisiert der Rat für Nachhaltige Entwicklung seit 3 Jahren die Deutschen Aktionstage Nachhaltigkeit. Über diese Aktionstage werden jedes Jahr die Prinzipien der Nachhaltigkeit vermehrt in die Öffentlichkeit gebracht, bei der die sinnvolle Ressourcennutzung und die Bewahrung der natürlichen Regenerationsfähigkeit im Fokus stehen. Neben Unternehmen, Hochschulen und Privatpersonen sind viele gemeinnützige Einrichtungen aktiv. Gemeinsam werden Ideen gesammelt, wie eine nachhaltige Gesellschaft aussehen kann und einige Lösungsvorschläge werden im Zeitraum der Aktionen direkt umgesetzt.

Tagung des Rat für Nachhaltigkeit

Viele und wesentliche Entwicklungen in Bezug auf Nachhaltigkeit laufen global und in unserem Land in die falsche Richtung oder schaffen jedenfalls noch keine Durchbrüche zur Transformation. Die Zukunft der Nachhaltigkeitspolitik stand in diesem Jahr im Mittelpunkt der Jahreskonferenz. des von der Bundesregierung eingesetzten Rates für Nachhaltigkeit.

Hochrangige internationale Experten und Expertinnen stellten die deutsche Nachhaltigkeitspolitik auf den Prüfstand. Mit ihren Thesen und auf Grund der vielfältigen Taten engagierter Menschen und Institutionen wurde diskutiert, welche Signale zur Transformation vorhanden oder nötig sind.
Gemeinsam wurde engagiert diskutiert wie die Umsetzung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie besser gelingen kann. Kenntnisse und Diskussionen in den Themenforen waren sehr interessant und vielseitig. Vor allem: Der Nachhaltigkeitsgipfel bot die Möglichkeit des intensiven Austauschs quer durch die ganze Gesellschaft. Mich hat besonders bewegt, dass man den kleinen und vielfältigen Engagement mehr Aufmerksamkeit schenken möchte.

+++Lesetipp+++Lesetipp+++Lesetipp+++Lesetipp+++Lesetipp+++Lesetipp+++

Peer Review zur Umsetzung der Nachhaltigkeit in Deutschland

Was macht man, wenn man eine Wasserstandsmeldung braucht, wie es eigentlich um die Praxis der Nachhaltigkeit in Deutschland geht? Richtig, man beauftragt eine unabhängige Expertenkommission damit, die Verfahren zu prüfen. So ist es geschehen, der Bericht wurde verfasst von Helen Clark als Vorsitzende des UN Entwicklungsgrogramms der SDG.

Wer sich für diesen Bericht interessiert, kann ihn hier nachlesen.

Eine für alle – Wir stärken die Verbraucherrechte

Mit der „Eine-für-alle-Klage“ genannten Musterfeststellungsklage muss nur ein Verbraucherin oder ein Verbraucher klagen, um die Rechte aller anderen Geschädigten auch zu vertreten. Das stärkt die Position der Verbraucherinnen und Verbraucher gegenüber großen Konzernen und erhöht die Chance, ihre Rechte durchzusetzen. Viele Betroffenen warten auf diese neue Klagemöglichkeit, beispielweise die Geschädigten des Diesels-kandals. Damit sie von der „Eine-für-alle“-Klage schnell Gebrauch machen können bevor Ansprüche verjähren, werden wir das Gesetz im Bundestag jetzt zügig beraten und verabschieden. Eine für alle - das ist sozialdemokratische Politik für ein solidarisches Land.

Parität in der Krankenversicherung – Wir sorgen für gleiche Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern

Das Kabinett verabschiedete in dieser Woche mit dem Gesetzentwurf zur Beitragsentlastung der Versicherten in der Gesetzlichen Krankenversicherung ein weiteres zentrales SPD-Projekt des Koalitionsvertrages. Wir sorgen dafür, dass Arbeitgeber wieder genauso viel zur gesetzlichen Krankenversicherung beitragen wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung wird ab dem 1. Januar 2019 zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen. Damit entlasten wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Rentnerinnen und Rentner bei den Krankenversicherungsbeiträgen und schaffen mehr Gerechtigkeit im Gesundheitssys-tem.

Weniger Beiträge, mehr Kindergeld, bezahlbare Mieten – Wir entlasten Arbeitnehmer und Familien

Gleichzeitig brachte die Bundesregierung derzeit mehrere weitere Vorhaben auf den Weg, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Familien spürbar entlasten werden. Olaf Scholz hat in dieser Woche sein Familienentlastungsgesetz in die Ressortabstimmung gegeben. Um Familien zu stärken und ihr Einkommen zu erhöhen, soll das Kindergeld in einem ersten Schritt ab Juli 2019 um 10 Euro pro Kind und Monat erhöht werden und der Kinderfreibetrag entsprechend angehoben werden. Auch der Grundfreibetrag soll erhöht und die kalte Progression ausgeglichen werden. Hubertus Heil arbeitet an der vereinbarten Absenkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages. Mit diesem Gesamtpaket sorgen wir, dafür, dass ab 2019 bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und vor allem bei Familien mit Kindern netto mehr ankommt. Und damit das Einkommen nicht durch steigende Mieten aufgefressen wird, hat Katarina Barley in dieser Woche auch ihren Gesetzentwurf zur Stärkung des Mietrechts vorgelegt. Mit der Weiterentwicklung der Mietpreisbremse und der Begrenzung von Mieterhöhungen nach Modernisierung schützen wir Mieterinnen und Mieter vor überhöhten Mietsteigerungen.

Qualifizierungsoffensive – Wir schaffen Weiterbildungsansprüche in der digitalen Arbeitswelt

Neben der finanziellen Entlastung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wollen wir aber auch mehr Sicherheit schaffen für eine Arbeitswelt im Wandel. Die Digitalisierung verändert unsere Arbeitswelt. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben ein Recht darauf, dass wir sie in diesem Wandel unterstützen und schützen. Hubertus Heil hat deswegen vorgeschlagen, dass wir zusätzliche finanzielle Spielräume der Bundesagentur für Arbeit auch für eine Qualifizierungsoffensive nutzen. Wir wollen für Arbeitnehmerinnen und Arbeit-nehmern umfassende Weiterbildungsansprüche schaffen, damit sie fit sind, für den Arbeitsmarkt der Zukunft. Denn auch das gehört zu einer sozialdemokratischen Politik für ein sozialdemokratisches Land.

Familienzusammenführung für subsidiär Geschützte ermöglichen

Am Donnerstag wurde im Plenum in 1. Lesung eine Neuregelung der Familienzusammenführung für subsidiär Geschützte (das sind z.B. viele Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien) beraten, die es ermöglicht, dass 1.000 Personen monatlich im Rahmen der Familienzusam-

menführung nach Deutschland kommen. Damit stärken wir das Kindeswohl und den Schutz der Familie, die von unserem Grundgesetz garantiert werden. Seit März 2016 war diese Familienzusammenführung nicht mehr möglich. Nun können die engsten Angehörigen (Ehepartner, minderjährige Kinder, Eltern von hier lebenden minderjährigen Kindern) nach Deutschland kommen, um so die auf der Flucht getrennten Familien wieder zusammen zu führen.

Wichtig ist für uns, dass der Visumserteilung durch das Auswärtige Amt eine sachliche Prüfung des Bundesinnenministeriums vorgeschaltet ist, damit eine koordinierte Visumsvergabe erfolgen kann und die begrenzten Kapazitäten der deutschen Auslandsvertretungen nicht zu Problemen führen. Darüber hinaus gibt es eine Einführungsregelung für 2018, die die Begrenzung nicht bei 1.000 Visa pro Monat, sondern bei 5.000 Visa für den gesamten Zeitraum vom 1. August bis zum 31. Dezember 2018 festlegt, so dass das Kontingent 2018 auch bei möglichen Anlaufschwierigkeiten voll ausge-schöpft werden kann. Im Gesetzestext ist es uns gelungen, die Kriterien für das Vorliegen humanitärer Gründe ausdrücklich zu verankern. Ich bin mir bewußt darüber, dass es vielen von uns nicht genug ist. Das war ja auch einer der strittigsten Punkte bei der Regierungsbildung. Aber diese nun ausgestalteten Möglichkeiten sind ein Kompromiss, den wir nun offensiv gestalten und vertreten sollten. Wir werden an vielen Stellen die Möglichkeit haben, uns insgesamt dafür stark zu machen, dass Sozialdemokraten ein anderes Verständnis zu Flüchtlingsaufnahme und Integration haben als unser Koalitionspartner. Wichtig für mich ist, dass wir mehr Unterstützung für die Kommunen benötigen, damit eine gescheiterte Integration nicht eine Schwächung unser Demokratie bedeutet.

Petitionsausschuss

Am Donnerstag wurde der Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages für das Jahr 2017 im Plenum vorgestellt und diskutiert. Die Zahl der Petitionen an den Bundestag lag 2017 bei 11.507 und liegt damit etwas höher als im Vorjahr 2016 (11.236). Dennoch sind die Zahlen in den letzten zehn Jahren rückläufig. Der Petitionsausschuss ist ein fester Bestandteil der repräsentativen Demokratie, den wir weiter stärken wollen. Wir plädieren daher für eine Reform des Petitionsrechts, mehr parlamentarische Handlungsmöglichkeiten und eine erleichterte Teilhabe am Petitionswesen. Dazu gehören ein barrierefreier Zugang, die Mitberatung bei parlamentarischen Initiativen und Gesetzgebungsverfahren, mehr öffentliche Ausschusssitzungen und ein niedrigeres Quorum für öffentliche Petitionen. Wir sollten dies auch mehr bekannt machen, denn die online-Petionsplattformen sind zwar eine einfache und populäre Form der öffentlichen Proteste, sie sichern aber keine gestalterische und parlamentarische Befassung mit den vielleicht wichtigen Themen aus der Gesellschaft. Wir Sozialdemokraten wollten Petitionen nutzen, um Bürgerinteressen wirklichkeitsnaher zu organisieren, das Petitionsverfahren des Bundestages ist dafür sehr wichtig.

Transparenzvorgaben im europäischen Wertpapierhandel verbessern

Der Bundestag hat in dieser Woche in erster Lesung über einen Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Verbesserung der sogenannten Prospekthaftung beraten. Mit den geplanten Gesetzesänderungen soll der Zugang von Unternehmen zum Kapitalmarkt erleichtert und der Schutz von Anlegern verbessert werden. Dazu werden die Regeln die beim öffentlichen Angebot von Wertpapieren und deren Zulassung zum Handel einzuhalten sind, in der EU vereinheitlicht und für Anlegerinnen und Anleger transparenter gemacht.

Der Gesetzentwurf sieht insbesondere die Nutzung einer Option der europäischen Prospektrichtlinie vor, nach der Mitgliedstaaten die Schwelle für die Prospektpflicht auf Angebote ab 8 Mio. Euro anheben können. Dies senkt die Kosten für die Emission eines Wertpapiers und ebnet kleinen Unternehmen den Gang zum Kapitalmarkt. Zum Schutz der Anleger wird ein dreiseitiges Wertpapier-Informationsblatt für Angebote ab 100.000 Euro bis 8 Millionen Euro eingeführt.

Um private Anleger zu schützen, sind bei prospektfreien Angeboten ab 1 Million Euro bestimmte Einzelanlageschwellen zu beachten. Sofern von einem privaten Anleger ein Betrag von über 1.000 Euro investiert werden soll, ist dies nur zulässig, wenn er entweder über ein frei verfügbares Vermögen von mind. 100.000 Euro verfügt oder er maximal den zweifachen Betrag seines Nettoeinkommens investiert. In jedem

Fall ist die Einzelanlage auf 10.000 Euro begrenzt.

Das Gesetz ist ein weiterer Schritt zur Kapitalmarktunion für einen vertieften und erweiterten Kapitalbinnenmarkt in der Europäischen Union ab 2019.

Mit der „Eine für alle“-Klage Verbraucherrechte stärken

Am Freitag wurden im Deutschen Bundestag in 1. Lesung der von den Koalitionsfraktionen beschlossenen Gesetzentwurf zur Einführung einer zivilprozessualen Musterfeststellungsklage beraten. Mit der „Eine-für alle-Klage“ hat die SPD einen Meilenstein für den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland erreicht. Das Gesetz, das für Verbraucherinnen und Verbraucher einen schnellen, effektiven und kostengünstigen Weg eröffnet, ihre Rechte gegen Konzerne vor Gericht geltend zu machen, soll zum 1. November 2018 in Kraft treten. Damit können VW-Kunden nach dem Dieselskandal noch rechtzeitig Klage einreichen. Die Musterfeststellungsklage erlaubt Verbänden, Verbraucherrechte wirksam und auf Augenhöhe vor Gericht durchzusetzen. Eingetragene Verbraucherschutzverbände sollen die Möglichkeit erhalten, das Vorliegen oder Nichtvorliegen zentraler anspruchsbegründender bzw. anspruchsaus-schließender Voraussetzungen feststellen zu lassen. Mit diesem rechtskräftigen Ergebnis kann der Verbraucher dann in einem Folgeprozess seine Ansprüche einklagen. Gleichzeitig bekommen die Unternehmen Rechtssicherheit und die Gerichte werden durch die Bündelung der Verfahren entlastet.

Den Atomausstieg umsetzen

In erster Lesung beriet der Bundestag heute den Gesetzentwurf zur Änderung des nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima beschlossenen Gesetzes für einen beschleunigten Atomausstieg. Das Gesetz mit festen Abschaltdaten wurde 2011 von der schwarz-gelben Regierung mit unserer und der Unterstützung von Bündnis 90/Die Grünen verabschiedet. Die nur wenige Monate zuvor von Union und FDP beschlossene Laufzeitverlängerung wurde damit rückgängig gemacht. Die Stromkonzerne RWE und Vattenfall verklagten die Bundesregierung daraufhin auf Schadensersatz, weil zugesagte Reststrommengen aus dem ersten Atomausstiegsgesetz von Rot-Grün aus dem Jahr 2002 nun verfielen und eventuell getätigte Investitionen nach der von Schwarz-Gelb 2010 beschlossenen Laufzeitverlängerung sinnlos wurden. Das Bundesverfassungsgericht gab den Konzernen 2016 in diesen beiden Punkten mit Rücksicht auf die Planungssicherheit für Unternehmen Recht. Die jetzt vorliegende Gesetzesänderung sieht deshalb eine Entschädigung für RWE und Vattenfall vor, die voraussichtlich etwas unter einer Milliarde Euro liegen wird, abhängig von den bis 2023 tatsächlich nicht produzierbaren Reststrommengen. Ob zwischen der zunächst beschlossenen Laufzeitverlängerung und dem Moratorium tatsächlich Investitionen angefallen sind, die entsprechend der eng gefassten Vorgaben des Bundesverfas-sungsgerichts eines Ausgleichs bedürfen, muss im Einzelfall geklärt werden.

Mit der Entscheidung für einen finanziellen Ausgleich der Konzerne gegenüber anderen Optionen wie der Laufzeitverlängerung für einzelne Kraftwerke machen wir in jedem Fall klar: Wir halten an dem Zeitplan für den Atomausstieg fest: ohne Wenn und Aber.

Tag der Verpackung

Hierzu habe ich ein Video gemacht. Ihr findet es auf meiner Facebookseite und in Kürze auch auf der Homepage. Ich freue mich über euren Besuch auf meiner Seite.

IPS Stipendiat aus Ägypten bei mir im Parlamentsbüro

Mein Name ist Elhussain Shaker. Ich bin 25 Jahre alt und komme aus Ägypten. Ich habe Germanistik, Anglistik und Arabistik studiert. Mit meinem Bachelor Studium begann meine enge Beziehung zu Deutschland für die Kultur, die Sprache und die Politik. Seit dem 1. März 2018 nehme ich am Internationalen Parlaments Stipendium des deutschen Bundestag (IPS) teil. Dieses Austauschprogramm bietet eine einzigartige Möglichkeit, einen direkten Einblick in das Parlament Deutschlands und damit ins Herzstück seiner Demokratie zu bekommen. Als ich von diesem Stipendium erfuhr, fühlte ich mich sofort angesprochen, weil es genau meinen Interessen entsprach. Ich interessiere mich sehr für das politische System in der Bundesrepublik Deutschland und möchte durch die Teilnahme an diesem Programm meine Kenntnisse über das parlamentarischen System Deutschlands erweitern. Auch sehe ich im Stipendium eine gute Chance, meine interkulturellen Kompetenzen zu erweitern und neue Freunde aus der ganzen Welt zu begegnen. Dank des IPS komme ich immer wieder in einem fruchtbaren Austausch mit jungen Leuten aus den verschiedensten Ländern der Welt über die unterschiedlichen Dimensionen von Politik, Kultur und Religion.

Ich freue mich, mein Praktikum als Teammitglied im Berliner Büro absolvieren zu können. Meine Tätigkeiten im Büro sind sehr interessant und auf die Unterstützung meines Abgeordneten ausgerichtet. Dies sind u.a. das Entwerfen von Schreiben, gutachtlichen Ausarbeitungen oder Recherchieren ebenso wie alltägliche Büroarbeiten. Ich konnte bisher viel über die Umweltpolitik lernen. Am meisten erstaunt mich die Offenheit und Transparenz des Deutschen Bundestages. Ich kann zu allen Ausschuss - und Plenarsitzungen gehen und Michael Thews bei wichtigen Terminen und Treffen begleiten. Ich bin dem Bundestag und Herrn Thews sehr dankbar, mir diese wunderbare Chance zu geben. Das ist bisher die schönste Zeit und die wichtigste Erfahrung meines Lebens. An dieser Stelle möchte ich mich gerne bei meinen Kolleginnen und Kollegen im Berliner Büro bedanken. Frauke und Ruth leisten viel dafür, dass eine freundliche und entspannte Atmosphäre in dem Büro herrscht. Sie haben jederzeit ein offenes Ohr für meine Fragen und zeigen immer Verständnis für mein Studium an der HU Berlin. Letztens gilt mein besonderer Dank unseren Chef Herrn Thews.

Stadthonig oder Landhonig—welcher ist gesünder?

Stadthonig und Landhonig

Bei Stadthonig denken viele sicherlich daran, ob dieser Honig mit Schadstoffen aus Abgasen belastet ist. Tatsächlich ist Stadthonig keineswegs belastet. Dies obwohl die Luft auf dem Lande ist ja bekanntlich gesünder als in der Stadt. Das gilt allerdings nicht für den Honig. Stadthonig ist zumindest laut einer Untersuchung des Imkervereins Altona, genauso gesund wie Landhonig. Der Stadthonig wurde auf Pestizide, die Schwermetalle Blei und Cadmium sowie auf polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAKs) untersucht. Pestizide und Cadmium fand das beauftragte Labor überhaupt nicht und Blei und PAKs nur in sehr geringen, auch im Landhonig vorkommenden Mengen. . Es ist zwar anzumerken, dass der Imkerverein lediglich zwei Honige aus Hamburg untersuchen ließ, doch die Gründe, warum Stadthonig unbelastet ist, treffen auf alle Städte zu: Weil Bienen vor allem frisch aufgeblühte Blüten anfliegen, können sich in der kurzen Zeit kaum Schadstoffe ansammeln. Sollte das doch passieren, reichern sich die oft fettlöslichen Schadstoffe eher im Wachs der Waben an als im Honig. Der Honig ist also rein und mindestens gleichwertig mit ländlichem Honig.

Übrigens ist die Stadt auch deshalb ein wunderbarer Lebensraum für Bienen, weil in den Grünanlagen weitgehend auf Pestizide verzichtet wird – ein Anliegen der Bienenschützer, das auch von jedem „Balkongärtner" einfach umgesetzt werden kann. Bienen sind in der Stadt mit weniger Monokulturen und Pestiziden konfrontiert, finden stattdessen sogar mehr Auswahl an Pollen- und Nektarquellen, längere Blütenphasen bei

den Stadtbäumen sowie höhere Tages- und Jahresdurchschnittstemperaturen vor. Bienen leiden in einigen Regionen im Land regelrecht Hunger, da sie einfach keine Nahrung mehr finden. Schuld an dem massiven Schwund von naturbelassenen Blühwiesen sind aber nicht nur die Landwirte. Hersteller von Saatgut, achten meist nur bedingt auf bienenfreundliche Eigenschaften und den Landwirten bleibt oft keine Alternative zu subventionierten, kommerziellen Zuchtsorten. Deren schnelles Wachstum mit sehr kurzen Blütezeiten stellt die die Bienen vor ein großes Problem Hinzu kommt natürlich der Einsatz von Pestiziden und Pflanzenschutzmitteln. Ist eine Biene mit diesen Substanzen besprüht worden, verliert sie die Orientierung, findet nicht mehr zurück in den Bienenstock und ist auf sich allein gestellt zum Sterben verdammt.
Nicht umsonst haben wir mit unserem Umweltministerium ein besonderes Bienenschutzprogramm aufgelegt. Nähere Info sind hier zu finden.
In Deutschland stehen mehr als die Hälfte der 561 Wildbienenarten bereits auf der Roten Liste. Aber auch bei anderen Insektenarten beobachten wir einen dramatischen Rückgang. Wir müssen handeln, deshalb habe ich heute gerne bei der Aktion des BUND zum Weltbienentag (am 20.Mai) mitgemacht. Der Einsatz von Insektiziden, zu wenige verfügbare ökologisch wertvolle Freiflächen und Lichtverschmutzung setzen den Insekten zu. Wir werden Programme wie das Bundesprogramm zur biologischen Vielfalt unterstützten um diesen Problemen entgegenzuwirken.
#weltbienentag

Aus der Umweltpolitik

Besuch der Umweltministerin und Haushaltspolitik stand im Vordergrund

Im Umweltausschuss war diese Woche, die aus NRW stammenden SPD-Bundesumweltministerin Svenja Schulze zu Besuch. Sie stand den Umweltpolitikern aller Fraktion Rede und Antwort. Es wurden Themen in einer großen Bandbreite diskutiert. Ein Schwerpunkt war der Umgang mit Plastikmüll und Mikroplastik. Ich bin der Überzeugung, dass wir hier neben den europäischen Vorstößen auch eine deutsche Strategie brauchen, die die Hersteller in die Verantwortung nimmt und gleichzeitig eine Lenkungswirkung entfaltet.

Außerdem haben wir im Ausschuss den Haushalt des Bundesumweltministeriums diskutiert, der erfreulicher - und richtigerweise im Umweltbereichs um 371 Mio. oder 23 Prozent steigt. Darin enthalten ist zum Beispiel auch der Mehrbedarf für die Umsetzung des Sofortprogramms saubere Luft.

Im Wahlkreis unterwegs

Foto: Bettina Schwab-Losbrodt

Kitabesuch im Hamm

„Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist"

Über 100 Kinder, 17 Nationalitäten, integrative Plätze für Kinder mit besonderem Förderbedarf, Rucksackprogramm und Übermittagsbetreuung in einer besonderen Einrichtung – das hat mich bei meinem Besuch der Sprach-Kita im Hammer Norden wirklich beeindruckt. Im Rahmen des Tages der Kinderbetreuung habe ich in diesem Jahr die AWO-Kindertagesstätte Bänklerweg in meinem Wahlkreis besucht, die durch das Bundesprogramm gefördert wird. Sie bildet gemeinsam mit fünf weiteren Einrichtungen des Stadtteils das Familienzentrum Hamm-Norden und ist Mitglied der Elternschulde Hamm.

Leiterin Erzina Brennecke empfing mich im Kinderparlament der Kita. Aus jeder Kleingruppe werden Kinder in diese Vertretung entsendet, die darüber sprechen, was es an aktuellen Dingen zu entscheiden oder zu tun gibt. Erzina Brennecke betonte, dass in der Einrichtung das kompetente Kind im Vordergrund steht, dass sich als Forscher, Entdecker, Künstler oder Konstrukteur Wissen und Können aneignet. Außerdem berichtete sie über die pädagogische Grundhaltung der Kita, die sich an der Reggio-Pädagogik orientiert und dass sich Kitas zu Bildungseinrichtungen weiterentwickelt haben und außerdem Plätze für die Erwachsenenbildung geworden sind. Gemeinsam mit Stefanie Wehrenberg koordiniert Erzina Brennecke als Tandem im Familienzentrum die Sprachförderung.

An diesem Vormittag war ich beim Morgenkreis der Armeisengruppe dabei und hatte mein altes Mikroskop für die jungen Entdecker mitgebracht. Das war etwas ganz Neues für die Kinder und aus diesem Grunde wurden sofort Grashalme, Blätter und kleine Baumrindenstücke aus dem Garten in der „Entdecker-Ecke" unter die Lupe genommen.

Mit dem Programm Sprach-Kita fördert das Bundesfamilienministerium alltagsintegrierte sprachliche Bildung als festen Bestandteil in der Kindertagesbetreuung. Wichtig ist dabei, dass alle Kinder von Anfang an von guten Bildungsangeboten profitieren. Dies ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr Chancengleichheit. Zudem fördert die Einrichtung als Rucksack-KiTa die Muttersprachenkompetenz, die deutsche Sprache und unterstützt damit Kinder und Eltern mit Einwanderungsgeschichte sowie insbesondere Einrichtungen in sozial benachteiligten Stadtteilen. Das ist an dieser Stelle von außerordentlichen Bedeutung. Ich bedanke mich ganz herzlich beim Team der Einrichtung für diesen freundlichen Empfang.

Hintergrund:

Im Januar 2016 ist das neue Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gestartet.
Denn Sprache ist der Schlüssel: Durch sie erschließen wir uns die Welt, treten mit Menschen in Kontakt und eignen uns Wissen an. Studien haben gezeigt, dass sprachliche Kompetenzen einen erheblichen Einfluss auf den weiteren Bildungsweg und den Einstieg ins Erwerbsleben haben. Dies gilt besonders für Kinder aus bildungsbenachteiligten Familien und Familien mit Migrationshintergrund.

Rucksack-Kita: Mütter, Erzieherinnen und Erzieher werden Partner für die Sprachförderung der Kinder. zielt auf die Förderung der Muttersprachenkompetenz, auf die Förderung des Deutschen und auf die Förderung der allgemeinen kindlichen Entwicklung ab. Dabei werden die Mütter als Expertinnen für das Erlernen der Erstsprache angesprochen, nicht orientiert an ihren Defiziten, sondern an ihren Stärken.

Thews on tour bei der Polizei

Mit Polizei „Auf Streife“ - beeindruckt von Polizeiarbeit

Im Rahmen meiner Thews-on-Tour-Tage in meinem Wahlkreis war ich eine Schicht lang mit Streifendienstbeamten der Polizei Hamm unterwegs und konnte somit die vielen Einsätze der Polizei kennenlernen.

Am Vormittag begrüßten mich Polizeipräsident Erich Sievert und der Leiter der Wache Mitte, Ludger Merschjohann, im Kreis des Bezirks- und Schwerpunktdienstes auf der Wache Hamm Mitte. In der Runde der Bezirks- und Streifendienstbeamten thematisierten wir die aktuelle Personalsituation in NRW und im Bund, Groß- und Sportveranstaltungen sowie über die Zusammenarbeit mit der Bundespolizei.

Die Einsätze an diesem Tag waren vielfältig. Einige kleinere Verkehrsunfälle, ein Einbruch in eine Schule, Falschgeld, versuchter Betrug und eine vermisste Person.

„Eine spannende Schicht bei der deutliche wurde, dass hohe Anforderungen an die Polizistinnen und Polizisten gestellt werden. Sie waren meist innerhalb von 15 min am Einsatzort und konnten die unterschiedlichen Situationen schnell klären. Auch wenn es viel Aufregung vor Ort gab, waren die Beamten immer souverän und konnten die Situation mit gezielten Fragen schnell klären.

Neben der nicht immer ausreichenden personellen Situation, die auch im Bund immer ein Thema ist, hatte ich den Eindruck, dass die Ausstattung der Polizei sehr wichtig ist. So könnten die Fälle schneller bearbeitet werden, wenn alle notwendigen Informationen im Fahrzeug verfügbar sind. Das hilft der Polizei aber auch den Bürgerinnen und Bürgern, deren Fälle schneller bearbeitet werden. Noch fehlen aber dafür die notwendigen Geräte und Datennetze. Ich meine, dass hier Verbesserungen notwendig und möglich sind. Natürlich spielt auch die Sicherheit eine große Rolle. Das aktuelle Modell der Schutzweste bei den momentanen Temperaturen einen Tag lang zu tragen, ist schon körperlich eine Herausforderung.

Ich bedankte mich bei den Beamtinnen und Beamten, die mit Ihrer Arbeit für mehr Sicherheit in unserer Stadt sorgen und nehme viele Erfahrungen mit nach Berlin

Info:

Ich war mit dem Schicht-Überlappungs-Fahrzeug (Lappa-Fahrzeug) unterwegs, welches mit verschiedenen Teams zeitlich und schichtübergreifend mit Streifendienstbeamtinnen und –beamten im Einsatz ist.

EU-Projekttag an der Marga Spiegel Schule in Werne

Der gemeinsam von Bund und Ländern jährlich ausgerichtete EU-Projekttag an den Schulen ist eine tolle Gelegenheit, um mit Schülerinnen und Schülern über Europa ins Gespräch zu kommen. In der vergangenen Woche fand eine Diskussionsrunde zur aktuellen Lage in Europa in der Marga-Spiegel-Schule in Werne statt. Die Klasse 10 A hatte sich gut darauf vorbereitet und zahlreiche Fragen vorbereitet, die ich gerne beantwortete. Es hat Spaß gemacht, mit den Schülerinnen und Schülern über aktuelle Themen zu diskutieren und ihnen die Möglichkeiten der politischen Einflussnahme auf europäischer Ebene aufzuzeigen.

Fotos: H. Steiner

Familien-Radtour mit den Lünen-Süder

Viele Kilometer für eine klimafreundliche Zukunft— unter diesem Motto fand die Aktion des ADFC bei strahlendem Sonnenschein fand die traditionelle Familien-Radtour der Lünen-Süder Vereine an Fronleichnam statt, an der ich sehr gerne teilnahm. Die rund 20 Kilometer lange Tour war gut ausgearbeitet und konnte von allen Radlerinnen und Radlern problemlos bewältigt werden. Kurze Pausen zwischendurch und einen gelungenen Abschluss bei den Südparkfreunden, die uns mit Kaffee, Kuchen und Gegrilltem bewirteten, rundeten die Radtour ab.

Jahreshauptversammlung Ortsverein Hamm-Mitte

In der letzten Wahlkreiswoche wurde im Ortsverein Hamm-Mitte auf der Jahreshauptversammlung ein neuer Vorstand gewählt.

Eine tolle Mischung aus Erfahrung und Neumitglieder, die sich gemeinsam politisch engagieren und viel vorgenommen haben.

Ich wünsche allen viel Erfolg. Ich habe mich sehr über die Einladung gefreut und gerne über bundespolitische Themen berichtet.

Zur Erinnerung

Nachhaltige Entwicklung ist ein sozialdemokratisches Projekt

Die UN- Konferenz „Umwelt und Entwicklung“ im Jahr 1992 in Rio de Janeiro war für Sozialdemokraten der Auftakt für ein neues Fortschrittsmodell– die „Nachhaltige Entwicklung“ als Messlatte für den Zusammenhang von Wohlstand und Armut in der Nord-Süd Achse. Für uns ist der Teufelskreis von wirtschaftlicher Abhängigkeit, Armut, Bevölkerungswachstum und Hunger der Zusammenhang, den Willy Brandt mit der Inititiierung und Leitung der Nord-Süd-Kommission der Vereinten Nationen in Leben rief.

Die norwegische Ministerpräsidentin und Sozialdemokratin Brundtland leitete diese UN—Kommission und prägte sie mit dem Grundgedanken einer nachhaltigen Entwicklung der internationalen Staatengemeinschaft als Leitbild zur Lösung der ökologischen, ökonomischen und sozialen Probleme unsere Zeit. Der damalige Kommissionsbericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ war eine Ursachenanalyse, Strategiekonzept und zugleich eine konkrete Utopie für eine Welt, die geprägt ist von mehr an Wohlstand, sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit.

Ziele der nachhaltigen Entwicklung war und ist es, die natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern als Voraussetzung des Lebens der nachwachsenden Generationen. Denn ohne eine Sicherung des natürlichen Kapitals kann es keine globale, dauerhaft , soziale und wirtschaftliche Entwicklung geben.

Die Solidarität zwischen den Generationen, internationale Verantwortung, gerechte Verteilung von Lebenschancen und mehr Demokratie sind die Eckpfeiler des Weges der nachhaltigen Zukunftssicherung und identisch mit sozialdemokratischer Programmatik.

Viele Jahre, bevor Umweltschutz auf internationalen Konferenzen und in Deuschland ein wichtiges Thema war, hatten Sozialdemokraten seine Bedeutung bereits erkannt.

Als die SPD im Bundestagswahlkampf 1961 den „blauen Himmel über der Ruhr“ versprach, wurde sie anfangs noch belächelt. Im Ruhrgebiet fand die Parole jedoch große Zustimmung. Der Wahlkämpfer Willy Brandt hatte die Sehnsüchte der Menschen nach einem besseren Leben in einem zugkräftigen Bild veranschaulicht.

Im Land der Hochöfen und Kokereien stand die SPD für bessere Arbeitsbedingungen für die Kumpel und für saubere und gesunde Luft. In der größten deutschen Industrieregion, wo sich schon damals die Vorzeichen eines notwendigen Strukturwandels zeigte, war der „blaue Himmel“ zugleich ein Synonym für eine sichere und humane Zukunft.

Zu Beginn der 70er Jahre wurde Umweltschutz auf der Bundesebne als Politikfeld etabliert.

Gleich in seiner ersten Regierungserklärung unter dem Leitgedanken „Mehr Demokratie wagen“ betonte Willy Brandt, dass dem „Schutz der Natur, von Erholungsgebieten und auch dem Schutz der Tiere, mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden muss.

Der Schutz der Umwelt war vor allem der Schutz der Arbeitnehmer/-Innen und die Sicherung von Lebensqualität in belasteten Regionen ein selbstverständlicher Bestandteil eines Reformkonzeptes zur Modernisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, dass die Gesellschaft mehrheitlich unterstütze und vor allem auch die Jugend faszinierte. Heute ist der Reformstau und die kapitalistische Überlagerung von Produktion ein übergroßes Problem, welches sich mit dem Umweltschutz und der Lebensqualität der Menschen reibt. Die Weltwirtschaft befindet sich in einem tiefgreifenden Umwälzungsprozess, global und national nimmt die Ungleichverteilung von Lebenschancen zu, wird die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer. Doch anstatt die Globalisierung als Herausforderung und Chance für die gemeinsame Lösung der ökologischen, sozialen und ökonomischen Problemen anzugehen, beharren die konservativen Elemente in Europa und auch in Deutschland auf dem „Weiter so“ des freien Spiels der Kräfte des Marktes.

Für uns als Sozialdemokraten ist es eine relevante Aufgabe zu zeigen, dass der Staat das vielfältige Wissen um die Grenzen des Wachstums im Rahme ökologischer und sozialer Innovation aufzeigt und unsere Politik einer Nachhaltigkeitsprüfung stand hält.

Hinweis in eigener Sache

Neue Datenschutzverordnung für Informationen aus dem Parlament und dem Wahlkreis

Ich bitte heute um Aufmerksamkeit für ein Thema, das alle Leser und Leserinnen dieser Zeilen so oder in ähnlicher Form in den letzten Tagen sicher schon häufiger gelesen haben. Und zwar eine Änderung des Datenschutzes.

An dieser Stelle informiere ich über die Aktualisierung meiner Datenschutzerklärung auf Basis der am 25. Mai 2018 europaweit in Kraft tretenden **Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)**. Die darin geforderte Information über die Verwendung personenbezogener Daten ist auf meiner Website zu finden.

Um den Wochenbericht zusenden zu können, speichern wir Ihre eMail-Adresse und nutzen sie ausschließlich für den Versand des Wochenberichtes, solange sie sie es wünschen.

Über den Link: https://michael-thews.com/newsletter/abmelden/ können sie jederzeit den Erhalt des Wochenberichtes stoppen.

Danke für Ihre Rückmeldung und liebe Grüße

Kontakt & Impressum

E-Mail. michael.thews@bundestag.de, Impressum: Michael Thews MdB (v.i.S.d.P.), Redaktion: Frauke Stürenburg

Fotos: Büro Thews

Parlamentsbüro Berlin

Frauke Stürenburg – Ruth Herzog – Joshua Fraedrich

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Bürgerbüro Lünen

Anette Janßen - Winnie Marx

Stadttorstraße 5

44532 Lünen

Bürgerbüro Hamm

Bettina Schwab-Losbrodt

Westhofenstraße 1

59065 Hamm